Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 52 (1958)
Heft: 9

Artikel: Was ist Realpolitik?
Autor: Kramer, Hugo
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140289

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Was ist Realpolitik?

Als Realpolitik gilt, im Sinn ihrer Vertreter, jene «Staatskunst», die grundsätzlich das politische Leben und insbesondere die Selbsterhaltung von Volk und Land durch eigene, rein materiell verstandene Gesetze beherrscht sein läßt, unter Ausschaltung aller geistig-sittlichen Gebote und Regungen. Im Zwiespalt zwischen Staatszwecken und sittlichen Zwecken wird dem Staatszweck der unbedingte Vorrang gegeben und der Gehorsam gegen das Sittengesetz als bloß gefühlsmäßige Schwärmerei, als lebensfremder, ja lebensfeindlicher Idealismus abgetan, der gegenüber den einzig maßgebenden «Wirklichkeiten» der staatlichen Machtausübung, der militärischen Gewalt und der wirtschaftlichen Interessen nicht aufkommen könne und dürfe.

Es ist für jeden sauber Denkenwollenden selbstverständlich, daß Realpolitik in diesem Sinn etwas vollkommen Heidnisches ist. Das Christentum hat denn auch in seinen Anfängen – wie vorher das prophetische Judentum – ganz klar und scharf die Oberhoheit Gottes und seines Gesetzes auch über die politischen und wirtschaftlichen Ordnungen dieser Welt beansprucht. Aber im Laufe der zunehmenden Verweltlichung seiner Lehre und Praxis hat es mehr und mehr diesen Anspruch preisgegeben, so daß sich das politische und wirtschaftlich-soziale Leben immer bewußter und ungescheuter von der Rücksicht auf das Sittengesetz lösen konnte und seinen vermeintlich eigengesetzlichen Weg ging. Machiavelli auf der einen Seite und später Marx-Engels-Lenin mit dem, was an ihrem dialektischen Materialismus falsch ist, auf der andern bezeichnen Hauptetappen auf diesem Weg. Und das offizielle Christentum ist dabei, wenigstens was die sogenannten nationalen Fragen betrifft, weithin mitgegangen, unter akrobatischen Verrenkungen seiner Grundlehre, die lächerlich erscheinen müßten, wenn sie in ihrer vollendeten Charakterlosigkeit nicht so unsäglich traurig wären.

Wohin der Weg der herkömmlichen Realpolitik schließlich geführt hat, ist nun freilich entsetzlich eindeutig klar geworden: zur Atombombe und zum drohenden Atomtod der Völker. Das unverbogene Gewissen von «Heiden» und Christen, Juden und «Humanisten» lehnt sich gegen diese Konsequenz heftig auf; aber die «Realpolitiker» suchen solche Regungen zu beschwichtigen und zu ersticken, indem sie auf die angeblichen Staatsnotwendigkeiten hinweisen, die uns atomare Rüstungen aufzwängen, und – oft mit rohestem Zynismus – die «Atomangst» als Erzeugnis einer abgefeimten kommunistischen Propaganda verspotten und verhöhnen. Ein geradezu klassisches Beispiel für die primitive Art und Weise, wie über die Gewissensbedenken gegen Atomwaffen zur Tagesordnung der «Staatsnotwendigkeiten» hinweggeschritten wird, ist die allmählich berüchtigte Erklärung unseres Bundesrates vom 11. Juli 1958 über das Recht und die Pflicht

der Schweiz zur atomaren Kriegsrüstung. Die ganze Frage wird ja darin lediglich vom militärtechnischen Standpunkt einer «wirksamen» Landesverteidigung aus behandelt und nur ganz am Schluß, mit zwei Sätzen, noch schnell die moralische Seite gestreift: «Den an sich anerkennenswerten (!) Einwänden, die aus humanitären Gründen (!) gegen die Anschaffung der Atomwaffen erhoben werden, ist jedoch entgegenzuhalten, daß die schweizerische Armee, wie jedermann weiß, nur eingesetzt wird, wenn unser Land angegriffen ist und sich unser Volk im Zustand der Notwehr befindet. Dann aber muß sie sich mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zur Wehr setzen können und darf nicht zum vornherein auf die wirkungsvollste Waffe verzichten.» Mit einem Wort: «Not kennt kein Gebot», wie der deutsche Reichskanzler sagte, als die Armeen Wilhelms des Letzten in das neutrale Belgien einbrachen ...

Es ist mit Recht bemerkt worden, daß der «militärische Nihilismus» der bundesrätlichen Erklärung «von allem, was je unsere guten Geister dem Land gelehrt haben ... durch einen Abgrund getrennt» sei. «An wen wir immer denken mögen: an Nikolaus von Flüe oder an Jeremias Gotthelf, an Pestalozzi und an sein prophetisches Wort vom europäischen Aberglauben an die ‚militärische Organisation', die ‚alles verschlingt', an Henri Dunants Warnung vor dem Drang zum vollkommensten ‚Zerstörungsmittel', mit dem ‚diese Zivilisation ... unfehlbar in Trümmer geht', an Rousseau oder Spitteler, an Johannes von Müller oder Jacob Burckhardt oder C. F. Meyer – die Lehren, die wir von ihnen und ihrem Schweizertum empfangen, sind mit der Meinung, daß die ‚wirksamsten Waffen' für uns die militärischen sind und daß wir unser Heil in den Superwaffen der Supermächte suchen müssen, nicht zu vereinen.»*

Der Verfasser dieses Artikels hätte unbedingt auch Leonhard Ragaz nennen müssen, der in unserer Zeit wie kein anderer aus seinem christlichen Gewissen und mit seinem schweizerischen Herzblut gegen den volkszerstörenden militärischen «Realismus» gestritten und der Schweiz einen anderen, besseren, sichereren Weg zur nationalen Selbstbehauptung gezeigt hat. Wie würde Ragaz erst heute geistesmächtig und leidenschaftlich gegen die Verleugnung des Echtesten und Tiefsten, was Schweizersein bedeutet, auftreten, gegen die Preisgabe all dessen, was das Lebensrecht der Eidgenossenschaft ausmacht, durch die irrsinnig gesteigerten Kriegsrüstungen der letzten Jahre und vollends durch die völlig unverantwortliche Propaganda für «schweizerische» Atomwaffen!

Ragaz wurde von denen, die es vor allem anging, nicht gehört. Aber die Wahrheit, aus der er dachte und kämpfte, ist mit ihm nicht dahingegangen; ja, sie wird unter uns aufs neue lebendig und kann unsere Rettung aus einer Gefahr werden, die so tödlich noch nie vor

---

* Vgl. «Thurgauer Arbeiterzeitung», 26. Juli 1958.

uns stand. Ein Zeuge dieser Wahrheit ist die kleine Schrift des Delsberger Pfarrers Eduard Wildbolz, «Atomwaffen für die Schweiz?», die vor einigen Monaten im Evangelischen Verlag Zollikon erschienen ist. Sie sagt in ruhiger, aber fester Art eigentlich alles, was vom christlichen Standpunkt aus zur Frage einer schweizerischen Atomrüstung zu sagen ist. Wildbolz wendet sich vor allem gegen die so anmaßend-naive Vorstellung, diese Frage könne und müsse einfach nach fachlich-militärischen Gesichtspunkten entschieden werden, unbekümmert um sittliche Bedenken und Grundsätze. Er schließt sich durchaus dem Urteil an, «daß im Grunde der Ethiker das Gewissen des Politikers ist, so daß die beiden letztlich eins sind und nicht zwei geschiedene Welten vertreten. Sie lassen sich nicht gegeneinander ausspielen, als ob etwa Politik und Militärwesen zur Welt der Tatsachen, die Ethik aber zu einer imaginären Welt des Wunschdenkens und der Utopie gehörte.»

Von diesem wirklich realistischen Boden aus wird ihm – um das wenigste zu sagen – die ganze Fragwürdigkeit einer Landesverteidigung mit Atomwaffen klar, die, wenn sie wirklich eingesetzt würden, ja nicht nur einen möglichen Gegner und das von ihm besetzte Ausland treffen, sondern unser eigenes Land und Volk auf weite Strecken hin zerstören müßten. «Die Atomwaffe ist kein Mittel mehr, mit dem sich Gegner messen können, sondern sie können sich damit nur vernichten ... Es kann kein Zweifel bestehen, daß wir bei den nuklearen Waffen auf dem neuen Gebiet stehen, wo der Krieg nicht mehr Auseinandersetzung von Armeen ist, sondern wo es um die Ausrottung der Menschen geht ... Unsere Atomwaffen würden unser eigenes Land verwüsten, unsere Dörfer zerstören, die eigenen Menschen töten, und all das nicht in vereinzelten Fällen, sondern immer gleich massenweise.» Auch von einer abschreckenden Wirkung schweizerischer Kernwaffen auf einen möglichen Angreifer kann unter diesen Umständen keine Rede sein; ein solcher Gegner hätte, zumal wenn wir nur taktische Atomwaffen besäßen, von vornherein die weit überlegenen strategischen Angriffsmittel, mit denen er uns ohne Mühe niederkämpfen könnte, falls er unser Land zum Ziel seiner Operationen machen wollte. Wenn also, so bemerkt Wildbolz mit Recht, «die Drohung ihren Zweck nicht erreicht und der Angriff stattfindet, dann werden die Atomwaffen uns viel härter treffen als den Angreifer, unsere eigenen Nachkommen werden betroffen. Was ist das aber für eine Drohung, die mich selber mehr bedroht als andere, an deren Adresse sie gerichtet ist? Es erscheint als sehr zweifelhaft, ob wir wirksam die Rentabilitätsberechnung eines Angreifers beeinflussen können, wenn wir unsere Bereitschaft erklären, aus unserem Land allenfalls eine Atomwüste zu machen.»

Wie man die Dinge auch ansieht: die harte Tatsache bleibt bestehen, daß Atomwaffen für unser Land kein Schutz sind, sondern es nur mit mehr oder weniger weitgehender Zerstörung bedrohen und

damit der Landesverteidigung jeden Sinn und Inhalt nehmen. «Wenn wir selber nach Atomwaffen rufen», so stellt der Verfasser unserer Schrift fest, «dann sind wir drauf und dran, selber diese Entleerung des Begriffes der Landesverteidigung vorzunehmen.» Alle Werte, deren Verteidigung die Aufgabe der Armee sein soll, würden zerstört, wenn diese Verteidigung mit Atomwaffen versucht würde. Der Atomkrieg «verliert den Sinn eines im Notstand ergriffenen Ordnungsmittels, denn nicht Ordnung resultiert aus der Zerstörung und Vernichtung, sondern überleben kann vermutlich nur die Tyrannei.» Und da will man uns noch glauben machen, der Soldat verlange Atomwaffen, weil nur sie ihn instand setzten, einem Angreifer mit gleichwertigen Abwehrmitteln entgegenzutreten? Man schätzt sein Denkvermögen doch gar zu gering ein, wenn man vor ihm die Wahrheit verbergen will, daß Atomwaffen in seiner Hand, statt ein Schutz der Heimat zu sein, diese Heimat mit völliger Sicherheit erst recht vernichten müßten!

Der Schluß ist unausweichlich: Die Schweiz kann heute nur noch dadurch verteidigt werden, daß sie durch entschlossene Mitarbeit an der internationalen Abrüstung und im besonderen durch Verzicht auf eigene Atomwaffen den Ausbruch eines neuen, allzerstörenden Krieges verhindern hilft, anstatt durch Beteiligung am atomaren Wettrüsten andern Ländern ein böses Beispiel zu geben und dadurch die Gefahr einer Entladung der atomgeladenen Atmosphäre weiter zu steigern. Gewiß schließt dieser Weg auch ein Risiko in sich; aber ist dieses Risiko nicht unvergleichlich geringer als das andere, das unsere Einschaltung in das atomare Wettrüsten darstellte?

Pfarrer Wildbolz ist kein unbedingter Kriegsgegner; er glaubt – wie Karl Barth und seine Schule –, «daß es innerhalb der uns von Gott zugewiesenen Möglichkeiten liegt, im äußersten Notfall auch Gewalt anwenden zu müssen, wenn die Menschlichkeit bedroht ist.» Aber den Einsatz von Atomwaffen und schon die Drohung damit erachtet er dennoch als klar außerhalb dieser Möglichkeiten liegend. Es gibt, so betont er ganz stark, eine Grenze des sittlich und religiös Erlaubten, die der Staat auch zum Zweck seiner Verteidigung nicht überschreiten darf – und der Gebrauch von Atomwaffen müßte diese Grenze eindeutig überschreiten. Mit solchen Waffen in der Hand verleugneten wir alle menschlichen und sittlichen Aufgaben, die uns anvertraut sind. «Es steht gar nicht zur Diskussion, ob wir vor den Atomwaffen eine Abscheu empfinden. Es geht um keinerlei Fragen des bloßen Gefühls, sondern uns ist eine Frage des Gehorsams gegenüber Gott gestellt.» Rüsten wir uns mit Atomwaffen aus, dann sind wir Gott ungehorsam. «Dann begegnet der eventuelle Vernichtungswille eines Gegners dem auf unserer Seite in den Massenvernichtungsmitteln manifestierten Vernichtungswillen. Das ist aber nicht mehr Schutz vor dem Chaos, sondern das ist bereits Spielen mit dem Chaos von unserer Seite. Wir fragen: Ist dieser Bankrott aller Ethik der Wehr-

wille, den man von uns Schweizern erwartet? Wir sehen uns im Griff nach den Atomwaffen als Übertreter des uns von Gott gegebenen Gebotes. Wenn wir nach diesen Waffen greifen, dann vergehen wir uns gegen dieses Gebot.»

*

Damit ist tatsächlich die alte, falsche «Realpolitik» in ihrem Kern angegriffen und verurteilt. Echter Realismus – das muß nun auch in der Politik als elementare Erkenntnis durchbrechen – besteht in der Gründung auf die ewige Wirklichkeit Gottes und seiner Gesetze; der Gehorsam gegen sie kann allein auch den irdischen Gegebenheiten und Notwendigkeiten gerecht werden, die durch die Anerkennung vermeintlicher materieller, von Gott gelöster Eigengesetzlichkeiten in Tat und Wahrheit aufs verhängnisvollste mißachtet werden. Wenn er Gott und sein Gesetz ablehnt, dann verfällt der Mensch eben unweigerlich den Götzen und ihren Gesetzen, die ihn bis zu den letzten satanischen Konsequenzen treiben. Der Kult des Militärgötzen, der nun auch den Atomtod fordert, ist die grauenhafteste Bestätigung dieser Wahrheit; er verblendet seine Diener und Gläubigen so sehr, daß sie nicht einmal die einfachsten Realitäten des menschlichen Zusammenlebens mehr zu sehen vermögen. Aber der Widersinn und die Erfolglosigkeit der hergebrachten «Realpolitik» müssen auch auf den übrigen Gebieten des staatlichen und zwischenstaatlichen Lebens erkannt und aufgezeigt werden. Dieser Aufgabe widmet sich Friedrich Wilhelm Förster auch in seinem neuen Buch «Politische Ethik» (Paulus-Verlag Recklinghausen) wieder mit alter Meisterschaft und Entschlossenheit. Das Buch ist eigentlich die vierte Auflage seines schon von Jahrzehnten erschienenen großen Werkes «Politische Ethik und Pädagogik», das mir damals wertvollste Grunderkenntnisse erschloß. In seiner jetzigen, stark verkürzten Form und mit der Einbeziehung wichtiger Fragen, die durch den Zweiten Weltkrieg und seine Ergebnisse aufgeworfen wurden, in seine Erörterungen ist es indessen fast doch ein neues Buch geworden, das der Leser mit herzlichem Dank an den unermüdlich tapferen Kämpfer und Erzieher aus der Hand legt.

Nicht daß ich freilich Försters Art, die Dinge zu sehen, in allem teilen könnte; in wichtigen Punkten geht er, wie ich glaube, sogar bedenklich in die Irre. So in seiner (katholischem Einfluß zuzuschreibenden) erstaunlichen Lobpreisung Adenauers und seiner Politik; so in seiner souveränen Vernachlässigung der sozialrevolutionären Triebkräfte und Notwendigkeiten im Gesamtbild unserer Zeit; so insbesondere in seiner grundsätzlichen Anerkennung des Rechtes zur Anwendung militärischer Gewaltmittel gegen unbelehrbare Barbaren (darüber habe ich mich mit Förster in den «Neuen Wegen» schon vor etlichen Jahren ausgiebig auseinandergesetzt). Was ich aber aus seiner «Politischen Ethik» mit ganzer Zustimmung hervorheben möchte, unter Verzicht auf eine Besprechung anderer vortrefflicher Darlegun-

gen, das ist sein klares, nicht mehr anzufechtendes Urteil über die «Realpolitik» der älteren wie der neueren Staatsmänner und Staatstheoretiker, die die wahren Realitäten des politischen Lebens gänzlich verkennen. Es sei ihm, so bekennt Förster, beim Niederschreiben seines Buches, das auf mehr als 60 Jahren weltpolitischer Beobachtung beruhe, immer stärker zum Bewußtsein gekommen, daß das große politische Völkerproblem unserer Zeit unvergleichlich mehr sei als eine bloße ethische und politische Angelegenheit: «Es ist ein geistiges und religiöses Problem und kann nur von diesem Hintergrunde aus richtig verstanden und behandelt werden.» Welcher Irrtum deshalb, zu glauben, daß die Gebote Gottes zwar den Menschen auf seine Zugehörigkeit zu einer überirdischen Welt hinweisen, daß sie aber nicht durch die Wirklichkeit des irdischen Lebens bestätigt seien, die ihre eigenen Gesetze habe und für sie unbedingten Gehorsam fordere! In Wahrheit liegt die Sache ganz anders: «Das geistig-sittliche Lebensprinzip hat noch weit grundlegender mit dem gesamten irdischen Heil des Menschen zu tun als alle physiologischen und biologischen Bedingtheiten unseres Daseins. Das will sagen: Das Ethos ist unvergleichlich mehr physiologisch und biologisch wahr als alle bloß materiellen Bedingtheiten unseres Lebens.» Oder mit dem Evangelium gesprochen: «Trachtet zuerst nach dem Reiche Gottes und nach seiner Gerechtigkeit, dann wird euch all das andere obendrein gegeben werden» – auch nationale Sicherheit, Freiheit und Wohlhabenheit.

Förster hat vollkommen recht, wenn er der sogenannten Staatsraison, die das schlechte Mittel durch den guten Zweck geheiligt werden läßt, die wirkliche Raison, die wahre politische Vernunft, die staatsbildende und staatserhaltende Weisheit abspricht und uns daran erinnert, daß die von den «Realpolitikern» so geringschätzig behandelten ungreifbaren sittlichen Güter und Werte am Ende doch weit entscheidendere politische Wirklichkeiten sind als alle äußerlichen politisch-technischen Sicherheiten. «Der Machiavellismus ist eine Sozialtechnik ohne jede Sozialpsychologie, das ist sein Verhängnis bis weit hinein in die neueste politische Geschichte. Überall, wo der Machiavellismus herrscht, wird das Element ‚Psyche' ausgeschaltet und brutal mechanischen Methoden aufgeopfert, und diejenigen, die im Rausche von skrupellosen Aktionen befangen sind, merken gar nicht, daß hier im Namen der Politik gerade die tragfähigsten staatsbildenden Kräfte der menschlichen Natur vernachlässigt oder preisgegeben werden.»

Die beiden Weltkriege sind, wie Förster bemerkt, ganz einfach der Bankrott der bisherigen völkerpolitischen Methoden, der ganzen «Realpolitik» im herkömmlichen Sinn. Wenn diese Methoden fortdauern, so müssen sie die Völker in die gänzliche Vernichtung ihrer Kultur hineintreiben, besonders seit die Atom- und die Wasserstoffbombe erfunden ist und ein Staat um den andern sie haben will. Schon jetzt sieht man ja, wie verrohend und entsittlichend der «Kalte

Krieg» und die Militärrüstungen, die Kolonialpolitik und der ganze Imperialismus auf das innere Leben der Völker, auf Freiheitssinn und Gerechtigkeitsstreben wirken. «Man weckt», so sagt Förster, «nicht ungestraft die Machtinstinkte – wer sie nach außen hin mobil macht, der hat sie damit auch für das staatliche Innenleben entfesselt. Das Leben des Gewissens ist eine Einheit, und die sittlichen Bedenken, die auf einem Gebiete lächerlich gemacht werden (man denke an den Spott unserer Zeitungen über die ‚Atomkriegspanik'. H. K.), müssen nur zu schnell auch auf allen anderen Gebieten an ihrer Berechtigung irre werden. Jede vom Staate praktizierte Überordnung des materiellen Vorteiles über das Rechtsgefühl, der rohen Leidenschaft über die sittlichen Mächte rächt sich sofort bis weit hinein in die geschäftliche Ethik, in die sexuelle Moral, in die häusliche Sittlichkeit und offenbart sich in einem allgemeinen Kurssturz des kategorischen Imperativs der obersten Sittengesetze.» Was alles natürlich nicht nur für den internationalen Machtkampf und die nationale Selbstbehauptung gilt, sondern auch für den Kampf um politische Freiheit und soziale Gerechtigkeit. Gewaltmittel rächen sich schließlich immer an dem, der sie gebraucht, mögen sie auch für den Augenblick Erfolg zu haben scheinen. Kein noch so erhabener Staatszweck, für dessen Erreichung wir widergöttliche Mittel einsetzen, darf uns darüber hinwegtäuschen, «daß wir von dieser Minute an den niederen Mächten eine ganz neue Sanktion gegeben haben, die alles dreimal annulliert, was wir mit dem Munde und mit der Hand für die höhere Welt getan haben. Wir haben dann die Probe des wahren Glaubens an die Prinzipien, für die wir kämpften, nicht bestanden, wir haben mitten im Kampfe für das Gute unseren eigenen Glauben an das Böse besiegelt. Nach diesem tieferen Sinn und Wesen unseres Strebens aber richtet sich allein die Wirklichkeit der Dinge.»

Ist mit diesen Feststellungen nicht auch die als Einschüchterung des möglichen Angreifers gedachte Drohung der beiden großen Machtlager mit dem Atomkrieg, ist damit nicht insbesondere die ganze «Politik der Stärke» des «christlichen Abendlandes» gegenüber dem «gottlosen Kommunismus» vorbehaltlos verurteilt? Man sollte es meinen – und doch zieht Förster selbst aus seinen so eindeutig klaren und wahren Grundsatzerörterungen nicht diesen nun durchaus gegebenen Schluß. Seine oben bereits erwähnte Schwäche für «alttestamentliche» Strafmethoden, die die Bergpredigt in gewissen Fällen außer Kraft zu setzen erlaubten, verführt ihn tatsächlich dazu, die Zurüstung von Atombomben als «letzte Verteidigungsmittel gegen einen barbarischen Angriff» gutzuheißen. Wohl seien zweifellos bei der Zerstörung Hiroshimas militärische Erwägungen gegenüber weiterblickenden politischen Rücksichten ausschlaggebend gewesen (was übrigens nicht einmal stimmt; militärisch war der Krieg gegen Japan schon fast beendet, aber die Vereinigten Staaten wollten aus «weiterblickenden» politischen Erwägungen die vor der Tür stehende Beteiligung

der Sowjetunion an der Besetzung Japans durch den Gewaltschlag mit der Atombombe verhindern). Aber, so fährt Förster fort, «die präventive Bereitstellung der Atombombe war unbedingt berechtigt und sollte als Defensive für alle Fälle in gleichem Maße zur Verfügung stehen, wie man von demselben Gesichtspunkt aus Truman das Recht, ja die Pflicht zuerkennen mußte, um jeden Preis zu verhüten, daß die Wasserstoffbombe einseitig den Gegnern der freien Welt zur Verfügung stünde». Man traut seinen Augen nicht, wenn man das liest. Weiß denn Förster wirklich nicht, daß die Amerikaner die ersten waren, die sowohl die Atombombe als nachher die Wasserstoffbombe konstruierten, daß s i e es waren, die jahrelang einseitig darüber verfügten, und daß die Russen ihnen auf diesem Weg nur nachfolgten, um zu verhindern, daß die «freie Welt» ihr Atombombenmonopol dazu benützen könnte, «eine Präventivkrise und nötigenfalls einen Präventivkrieg zu erzwingen mit dem Zweck, eine Regelung mit dem Kreml herbeizuführen» (dies nach der «New York Herald Tribune» vom 9. April 1949, Pariser Ausgabe, der Sinn der kurz zuvor gehaltenen Bostoner Drohrede Churchills).

Nein, so überzeugend Förster die realistische Notwendigkeit eines Verzichtes auf unsittliche Mittel im Dienste irgendwelcher Staatszwecke begründet, so wenig überzeugt sein Vorbehalt zugunsten der «abschreckenden» Wirkung der Atomwaffen im Kampf gegen den Kommunismus. Wenn im Namen der Unterordnung des Staates unter das Sittengesetz den später gekommenen Russen der Verzicht auf die Bereitstellung und Anwendung von Atombomben zugemutet werden muß, so noch mehr den Amerikanern, die diese Massenvernichtungswaffen zuerst eingesetzt haben, um damit gewisse politische Zwecke zu erreichen, und die jetzt die Führung der «freien Völker» im atomaren Wettrüsten innehaben! Was Wildbolz – um zum Schluß auf ihn zurückzugreifen – auf die Frage antwortet, ob nicht die Existenz des sowjetrussischen Regimes doch die Schweiz zur atomaren Aufrüstung berechtige, das gilt ganz allgemein für die westliche Welt und besonders für ihre christlichen Volkskreise: Gerade die Existenz des Sowjetkommunismus mit seinen Gefahren und Übeln, gerade der unverkennbare Ernst der internationalen Lage müssen uns den Verzicht auf Atomwaffen in besonderer Weise nahelegen. «Einmal ist uns die Teilnahme am Massenmord eines Atomkrieges durch Gottes Gebot auch angesichts der Bedrohung des Ostens verwehrt, es müssen andere Mittel und Wege des Widerstandes gesucht und können auch gefunden werden. Man vergesse nicht, daß H-Bomben schlechterdings untaugliche Mittel sind, um damit die Humanität und andere höchste Werte unseres Daseins zu erhalten. Auch wenn dem Westen in einem künftigen Krieg mit A- und H-Waffen ein Sieg über den Osten gelingen sollte, so wäre damit nichts gewonnen, weil wir ganz sicher durch das Grauen eines solchen Krieges für alle Anarchie, Rechtlosigkeit und allen Nihilismus in einer Weise anfällig würden, daß der

‚Osten' mitten unter uns in neuer Kraft sein Haupt erheben würde. Vor allem aber ... ist es zweifellos ein wichtiger Dienst für den Völkerfrieden, wenn einzelne Länder sich nicht in den Sog des atomaren Wettrüstens hineinziehen lassen, sondern durch ihren Verzicht ein Zeichen aufrichten, daß dieser Weg einer immer unheimlicher und gefährlicher werdenden Bedrohung niemals unter einer Verheißung, sondern nur unter dem Fluch stehen kann.» Das, in der Tat, ist wahre Realpolitik!

Hugo Kramer

Einer neuen Union française entgegen?

Die neue Verfassung, die General de Gaulle diesen Herbst dem französischen Volk zur Annahme vorzulegen gedenkt, will auch die Beziehungen Frankreichs zu den ihm verbliebenen Kolonialgebieten neu regeln. De Gaulles Werbefahrt für sein Projekt, deren Erfolge und Mißerfolge von der Weltpresse registriert werden, wird verständlicher, wenn man weiß, daß nicht weniger als 40 Prozent der stimmberechtigten Teilnehmer an diesem Plebiszit in Übersee, hauptsächlich in Afrika, leben. Es wird unsere Leser interessieren, was ein so guter Afrikakenner wie Basil Davidson, der in den «Neuen Wegen» schon öfters zum Wort gekommen ist, über die Lage in den wichtigen afrikanischen Territorien Frankreichs mitzuteilen hat. Sein Bericht im «New Statesman» vom 9. August wurde geschrieben, bevor de Gaulle seine Propagandareise antrat.

Für die riesigen Gebiete von Französisch-Westafrika und Äquatorialafrika, die an Umfang Westeuropa übertreffen, ist die Entwicklung, die sich in Frankreich anbahnt, von schicksalhafter Bedeutung. Wie Basil Davidson treffend sagt, können die Franzosen mit Recht behaupten, daß die französische Verwaltung der Vierten Republik hier der afrikanischen Forderung nach Gleichstellung mit seltener Toleranz und Weitsicht entgegenkam. Wo sonst in Afrika sind politische Parteien zu finden, die allen Rassen offen stehen, Parteien, in denen Europäer als gewählte Delegierte (vom Volk gewählte, europäische Minister unter anderen) als politisch Ebenbürtige neben Afrikanern ihren Platz einnehmen? Wo sonst existiert ein «Rassemblement Démocratique Africain» oder ein «Parti du Regroupement Africain», die, nicht durch rassische Vorurteile der Kolonialmacht gehemmt, die Entwicklung ihrer Völker mitbestimmen können?

Im April 1957, in einem lichten Augenblick des Pariser Parlaments, war die Rede davon, Westafrika und Äquatorialafrika zu gleichgestellten, doch voneinander abhängigen Gliedern eines Staatenbundes zu machen, der Frankreich und seine früheren Kolonien mit Einschluß von Madagaskar umfassen sollte. War dies ein wirkliches Entgegenkommen Frankreichs oder nur der alte Trick des «teile und herrsche» in neuer Auflage?